

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at

Nummer 1 / März-April 2015

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Attentate von Paris und die Folgen

Am Anfang sei klar festgehalten, dass man Gewaltverbrechen dieser Art nur ganz entschieden ablehnen und verurteilen kann. Auch die spontane Empörung und Betroffenheit von Millionen Menschen über diese Verbrechen ist nachvollziehbar und wird von vielen mitempfunden, die nicht an den zahlreichen Demonstrationen teilgenommen haben.

Der Slogan, „Je suis Charlie“ (Ich bin Charlie), den viele Demonstranten benutzten, ist aber schon kritisch zu hinterfragen. Mit den ermordeten Opfern von Paris kann man sich nicht mit „Je suis Charlie“ identifizieren oder auch nicht solidarisieren, denn sie sind tot. Mit der Zeitschrift „Charlie Hebdo“ kann man sich auch nicht wirklich identifizieren. Ihre Karikaturen werden oft als rassistisch, frauenfeindlich und herabwürdigend wahrgenommen.

Diese herabwürdigende Bildsprache legitimiert in letzter Konsequenz die Herrschaft Frankreichs über den Nahen Osten. Das gilt geopolitisch ebenso wie gegenüber den als Fremdkörper betrachteten Migranten. Satire kann und muss natürlich auch andere Länder und Gesellschaften zum Thema haben. Schlechte Satire urteilt ab und spielt mit rassistischen Stereotypen. Diese Vorwürfe erheben auch bedächtigeren Kollegen der Mordopfer 1).

Im Hinblick auf die religiöse Dimension, welche diese Zeitschrift anspricht, kann man hier durchaus die Meinung von Papst Franziskus teilen, der auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen Religions- und Meinungsfreiheit antwortete, „dass beide fundamentale Menschenrechte seien, aber dass es Grenzen der Meinungsfreiheit gebe: Das ist normal. Man darf nicht provozieren. Man darf

den Glauben von anderen nicht verletzen. Man darf sich nicht über den Glauben der anderen lustig machen.“ Alle diese Feststellungen ändern nichts an der Trauer um die Opfer dieser Verbrechen und an der Solidarität mit den Hinterbliebenen. Eine korrekte und in Rechtsstaaten vorgegebene Folge von Verbrechen wäre nun die umfassende Ermittlung und Aufklärung aller Begleitumstände durch die Polizei und die Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft und eine Urteilsfindung durch Gerichte.

Es gibt hier vorab kein ideelles Islam-Problem zu bearbeiten. In Paris haben drei Franzosen 17 andere Franzosen ermordet. Die Opfer waren Christen, Atheisten, Juden und Muslime – die Täter waren durchwegs Muslime. Der unzulässige Schluss lautet: Sie waren Täter, weil sie Muslime waren. Diese „bequeme“ Erklärung verhindert den Blick auf die dahinter schwelenden gesellschaftlichen und sozialen Probleme.

Ohne tiefer im Umfeld der Täter zu schürfen und den Nährboden für solche Wahnsinnstaten aufzuheben, erscheinen Folgetaten, wie in Belgien und Dänemark, nahezu vorprogrammiert und nicht zu verhindern. Man weiß seit Jahren, dass der soziale Ausschluss, die Diskriminierung von Migranten und die Perspektivlosigkeit vor allem der Jugend zu Frustration und auch zu Hass gegenüber der etablierten Bevölkerung führen. Diese Ausgangslage verursacht bei vielen Jugendlichen auch noch Zorn auf ihre „ohnmächtigen“ Eltern und Abwendung von diesen. Sogenannte „Hassprediger“ haben hier oft einfaches Spiel die Radikalisierung anzuhetzen und auszunutzen. Über 5 Millionen Franzosen aus den früheren Kolonien (Tunesien, Marokko, Algerien, Tschad...) leben in Armut und ausgegrenzt. Die einzige Antwort, egal von

welcher französischen Regierung, war nur die Erhöhung der Polizeipräsenz und die dichtere Belegung der Gefängnisse. Schikanen und auch tödliche Übergriffe der Polizei an „muslimischen“ Franzosen gibt es, wie in den USA für Schwarze und Hispanos.

Die neoliberale kapitalistische Ökonomie schafft immer größere Reichtümer für die Reichen, aber am Gegenpol steigendes menschliches Elend. In Krisenzeiten ist eine große Zahl von Menschen innerhalb der kapitalistischen Profitlogik als „Humankapital“ nicht einmal mehr ordentlich zu „verwerten“ (sprich: auszubeuten). Sie sind ein Überschuss, auf den das Kapital verzichten kann. Es sind dies in erster Linie junge Menschen, die noch vor Beginn ihres Erwerbslebens auf Dauerarbeitslosigkeit programmiert werden; Migranten und deren Kinder, deren Anwesenheit, der existenziell ebenfalls bedrohten Mehrheitsbevölkerung als Gefahr für die Arbeitsplätze, die Kultur, die Werte usw. eingeredet wird. Auf internationaler Ebene werden ganze Länder und Regionen ausschließlich als Rohstofflieferanten und deren Bevölkerungen als Störung betrachtet.

Die störende Bevölkerung sollte am besten durch Polizeimaßnahmen, Militärregimes terrorisiert und in Schach gehalten, aber auch durch Bürgerkriege und Krankheiten minimiert werden. Wie in der französischen Unterschicht sind die betroffenen Menschen mehrheitlich Muslime, oft mit dunkler Hautfarbe. Je verzweifelter eine solche Lage wird, desto gewagter und lebensgefährlicher die Fluchtversuche (Zehntausende verdursten in der Wüste oder ertrinken im Mittelmeer) und umso leichter erfolgt die Radikalisierung. Zumeist brennen nur ein paar Mülltonnen und Autos, manchmal kommt es schlimmer. Viele der sogenannten jugendlichen „Jihadisten“ haben nur geringe Vorstellung von der Religion – sie wollen nur raus aus dieser Misere und autoritäre, fundamentale Verbrecherorganisationen, egal welcher religiösen, nationalistischen oder profitorientierten Richtung, versprechen einen scheinbaren Ausweg. Auch am rechten Rand der Bevölkerung zeigen sich ähnliche Auswüchse, stoßen jedoch auf größere Akzeptanz bei den Behörden.

Da unsere Machthaber auf diese Herausforderungen nicht reagieren wollen, weil dies eine Änderung der profitorientierten Ausbeutungspolitik notwendig machen würde, nutzt die Politik die Betroffenheit der Bevölkerung zum „großen Schulterschluss gegen die islamische Bedrohung unserer abendländischen Werte“. Man hat nun auch in Europa ein 9/11 und kann wie in den USA den „Krieg gegen den Terror“ führen. Laut CNN hat der französische Premierminister kurz nach

den Attentaten eine Kriegserklärung abgegeben, gegen Terrorismus, Jihadismus und den radikalen Islam. Gleichzeitig wurde vom französischen Staatsoberhaupt mit vollem Prunk und Pomp ein Flugzeugträger in den Nahen Osten in den Kampf geschickt und ein Riesensbudget für die Überwachung der Bevölkerung durch die Polizei in Aussicht gestellt, obwohl Frankreich bei der Überwachung der Bevölkerung ohnehin unter den Spitzenreitern in Europa liegt und die Vorratsdatenspeicherung nicht ausgesetzt wurde, wie es der EuGH vorgeschrieben hat. Obwohl alle Attentäter (auch der dänische) vorbestraft und polizeibekannt waren, werden die bestehenden und wie man sieht inkompetenten polizeilichen Maßnahmen extrem verstärkt und durch militärische ergänzt.

Wohl wissend, dass damit keine Attentate zu verhindern sind, beteiligen sich alle europäischen Staaten an diesem Schulterschluss und überall werden großzügigste Mittel für die militärische Aufrüstung von Polizei und Sicherheitskräften bereitgestellt, bzw. wurde die Vereinigung von Militär- und Polizeieinheiten ins Auge gefasst. Es setzte überall eine eifrige Jagd nach Jihadisten ein, die in Österreich in der Festnahme eines vierzehnjährigen und eines ihn begleitenden zwölfjährigen Burschen gipfelte.



aus: Cicero

Unsere Innenministerin fordert und erhält fast 300 Millionen Euro und denkt dabei an Panzer und Hubschrauber für die Exekutive, worauf unser Obermilitarist Klug meinte, das dieses Material ja beim Bundesheer schon längst für den Einsatz bereitstünde und man ohnehin Geld für die Wartung und Erhaltung brauchen würde. Fast jede politische Gruppe drückt nun ihren Senf der latenten und auch offenen Fremdenfeindlichkeit aus der Tube (siehe eigener Beitrag) und trägt ihren Teil dazu bei, die Gesellschaft zu spalten. Man redet förmlich eine ungebildete, islamische Unterschicht herbei, die sich unseren Werten und damit der Integration verweigere und durch ihr

Schmarotzen am Sozialstaat Schuld am wirtschaftlichen Niedergang habe; also neue Sündenböcke werden gesucht und gefunden. Die unter dem Vorwand der Sicherheit aufgebaute Polizei/Militär/Überwachungskapazität ist für zukünftige Auseinandersetzungen mit einer Bevölkerung gedacht, die zunehmend merkt, welch übles Spiel, hier getrieben wird, das im Krieg als Endausweg der Kapitalspekulation mündet. Der Krieg und die

dazugehörige Kriegspropaganda werden auch hier schon geführt – der Frieden scheint keine Option zu sein.

1)
<http://www.theguardian.com/world/ng-interactive/2015/jan/09/joe-sacco-on-satire-response-to-the-attacks>

Wenn die Armen gegeneinander kämpfen, freut das die Mächtigen

Der Islam ist schon seit geraumer Zeit nicht nur ein Thema für die rechts-rechten „Dichter und Denker“ in unserem Land (Daham statt Islam), sondern fast alle Parteien setzen sich mit diesem Thema recht unqualifiziert, dafür aber umso polemischer auseinander.

Da wird schon 2003 die „Integrationsvereinbarung“ zur Alphabetisierung und „Zwangsbedeutung“ in Kraft gesetzt. Diese Abschreckung und Schikane für Migranten wird 2005 noch verschärft und kann bei Nichterreichung von Deutschkenntnissen auf relativ hohem Niveau innerhalb von fünf Jahren zur Abschiebung führen. Für die administrative Abwicklung dieser Zwangs-Integrationskurse ist der Österreichische Integrationsfond, also das Innenministerium, verantwortlich. Nachdem man von der EU darauf aufmerksam gemacht wurde, dass mit der Türkei Abkommen bestehen, die eine Abschiebung nicht so ganz einfach machen und die größte „Problem-Migrations- gruppe“ muslimische Türken sind, wird eiligst ein Islamgesetz aus dem Parlament gestampft, welches eine Reihe von Unausgewogenheiten und Nachteilen für diese Bevölkerungsgruppe enthält. Neben direkt religionsbeleidigenden Äußerungen von FPÖ-PolitikerInnen (Graz), die Vergabe von Sozialwohnungen in Wels nur bei nachgewiesenen Deutschkenntnissen und der „Expertise“ von NÖ-Landeshauptmann Pröll, dass Minarette „artfremd“ seien, gibt es eine ganze Reihe von neueren Stellungnahmen, wie zum Beispiel, die der beiden Landeshauptleute Nissl und Voves zur „Integrationsverweigerung“ und nötigen strafrechtlichen Folgen, wie dem Entzug der Staatsbürgerschaft. Das wurde vom Wiener Bürgermeister zumindest im Falle von Voves als PEGIDA-Populismus eingeordnet. Da der burgenländische Populist aber von Häupl wesentlich milder beurteilt wurde, verliert auch dieses Häuplwort an Bedeutung.

Neben der Integrationsvereinbarung, kommen nun weitere als Bildungsinitiative getarnte Antiaus-

länderkampagnen dazu. Die Minister Kurz und Heinisch-Hossek sprechen von Geldstrafen für „integrationsverweigernde“ Eltern von Schulkindern. Das zweite Kindergartenjahr wird als Lösung des „Sprachenproblems“ gesehen, obwohl laut Statistik Austria schon 2010 95,5 Prozent der Vierjährigen und 98,3 Prozent der Fünfjährigen in Kindergärten betreut wurden. Auch Heinisch-Hossek war damals von diesen Zahlen begeistert. Offenbar erfolgte die Betreuung dieser Kinder sprachlich und sozial getrennt, da man schon seit den 1960er Jahren aus Studien von Ivan Illich weiß, dass verschiedensprachige Kinder, die miteinander spielen und nicht gegeneinander ausgespielt werden, kurzfristig auch mehrere Sprachen sehr gut beherrschen.

Warum soll das, was bei Kindern aus reichen, meist Diplomaten-Haushalten, funktioniert, z.B. in der immer als Vorzeigeprojekt angeführten Vienna-International-School, nicht auch bei Kindern aus ärmeren Haushalten funktionieren?

Da die Migrantenkinder von 2010 nun auch in der Volksschule nicht ausreichend Deutsch beherrschen, werden sie in großer Zahl in die „Vorschule“ geschickt und der Integrations-Außenminister Kurz bemerkt zynisch, dass dies besser als die Verfrachtung in Sonderschulen sei. In Summe geht es aber für eine große Zahl aller unserer Kinder, mit oder ohne Deutsch-, Lese- und Schreibkenntnissen in die Arbeitslosigkeit, Mindestsicherung und prekäre Ein-Euro-Jobs, da sie für das kapitalistische Konkurrenz- und Ausbeutungssystem überflüssig sind.

Um dieses Ziel zu verschleiern und sich selbst vor Forderungen und Angriffen zu schützen, ist es praktisch, die „Unterschicht“ zu teilen und gegeneinander zu hetzen. Die Polizei, das Militär und die Justiz sollen in voller Kraft hier eingreifen und letztlich die „Oberschicht“ und ihre Privilegien in ihren Villenvierteln schützen.

Nach den Terroranschlägen von Paris:

Ein Aufruf!

**Tu es un homme – Je suis un homme !
Du bist ein Mensch – Ich bin ein Mensch !**

Die Utopisten von heute sind die Realisten von morgen. Was 1789 in Paris begonnen hat, nämlich der Versuch, gegen die Mächtigen und Herrschenden Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit durchzusetzen, kann durch das Attentat von Paris von 2015 nicht ausgelöscht werden, sondern muss im Interesse eines jeden Menschen weitergehen!

„Die revolutionäre Tat ist stets, das auszusprechen, was ist.“ (Rosa Luxemburg) Die Welt steht an einem Abgrund: Ist Frieden möglich oder gibt es den Dritten Weltkrieg? Wird die Welt im Chaos feindlicher Auseinandersetzungen versinken oder gibt es einen Weg des Friedens und der Gemeinsamkeit in eine positive Zukunft? Daher sind alle Menschen jeder Nation, jeden Standes, jeder Anschauung, jeder Rasse, jeder Religion aufgerufen sich wieder auf die höchsten Werte zu besinnen, die Menschen zu eigen sein können: Freiheit, Frieden, Solidarität, Respekt vor der Anschauung des Anderen, Achtung des Lebens, Freude über die Verschiedenheit, mit der wir einander bereichern, Teilhabe für die bisher Ausgegrenzten und Ausgeschlossenen an den Errungenschaften der Menschheit.

Lassen wir uns nicht länger alle diese Dinge durch die Gewalt der Mächtigen vorenthalten.

Sie benützen uns doch nur für ihre Zwecke und unser Leben gilt nichts in ihren Augen. Ihre Ökonomen haben unsere menschliche Seele in Geiselnhaft genommen und vermarktet:

Wir sollen in einem ständigen Kampf um Vorteile gegen alle anderen sein, die zu Gegnern für uns werden, weil auch ihnen die Solidarität ausgegraben wurde. Dieser Weg ist eine Sackgasse, denn dadurch wird das Leben zur Farce; seines Sinnes und seiner Würde beraubt. Wir müssen, gegen den Trend und gegen die Übervorteilung durch die Mächtigen, die Brüderlichkeit im Auge haben, das Verständnis für den Anderen, das Einstehen für den Schwächeren, die Gastfreundschaft gegenüber dem Fremden, die Solidarität mit dem Verfolgten. Diese Fähigkeiten nimmt man uns immer mehr mit einer gezielten Entsolidarisierung hin zu einer Vereinzelung, die das Ganze, Notwendige, aus den Augen verliert. **Und diese in uns vorhandenen menschlichen Fähigkeiten müssen wir uns zurückholen!**

Geben wir doch gemeinsam der Welt ein menschliches Gesicht!

Respektieren wir doch einander, wenn sich auch die Wege, die wir gehen, unterscheiden! Lassen wir uns doch nicht länger zu Handlangern von Waffenproduzenten, Kriegsgewinnlern und Medienhetzern degradieren, die auf unserem Rücken ihre Geschäfte machen und unser Leben ohne Skrupel aufs Spiel setzen, in ihrer Gier nach Ressourcen, die sie doch nur dazu verwenden, um unsere Welt und damit die Grundlage unserer Existenz zu zerstören. Lassen wir uns von den Mächtigen dieser Welt nicht mehr in Kriege hetzen, die nur einer kleinen Schicht Vorteile bringen gegen die Interessen der Masse der Menschen. Für die vielen Benachteiligungen und Unterdrückungen, die Menschen, wie etwa in den Ghettos französischer Vorstädte, erfahren, dient staatliche Gewalt nur der Aufrechterhaltung von unterdrückenden Ordnungen gegen unser aller Zukunft.

Die Kraft des Widerstandes der überwältigenden Mehrheit der Menschheit ist stärker als alle Waffen der Welt und wird uns von Zwang und Hass befreien!

Dazu müssen wir achtsam und aufgeweckt bleiben und dürfen uns nicht verhärten lassen von Versprechungen, und nicht einschüchtern lassen von Drohungen der Herrschenden! Sie reden von unserer Freiheit, wir sollen aber nur funktionieren im Sinne ihrer Profitlogik. Wir müssen für die Ideale der Gerechtigkeit und der Toleranz jeden Tag eintreten, im Alltag, am Arbeitsplatz, in der Schule, in den Parteien und Gewerkschaften, in den religiösen Gemeinschaften.

Lassen wir es uns nicht gefallen, dass die Attentate von Paris zu der Fehlentwicklung von mehr Gewalt als Antwort, mehr Einschränkung der Freiheit und mehr Misstrauen führen, sondern zu mehr Freiheit, zur Abschaffung von Ausgrenzungen, zur Ermöglichung von Teilhabe am gesellschaftlichen und produzierenden Leben der Gemeinschaft, zur Förderung von Gleichheit und vor allem nicht zu mehr Feindschaft, sondern zu mehr Solidarität.

Es darf nicht mehr heißen: wir Österreicher gegen die Ausländer, wir Weiße gegen die Schwarzen,

Männer gegen die Frauen, wir Manager gegen die Arbeiter, wir religiöse Menschen gegen andersgläubige Menschen (Christen, Juden, Muslime), nicht wir Europäer und Nordamerikaner gegen Araber, Asiaten und Afrikaner – nein, es muss heißen: wir Menschen gemeinsam! Das würde bedeuten, dass die Verhältnisse sich ändern und jedem Menschen Gerechtigkeit und Würde zurückgegeben werden. Nicht Knechte und Handlanger der Mächtigen wollen wir mehr sein, sondern Boten des Friedens und des Wohlergehens aller Menschen.

Die Zukunft soll von unserem guten Willen gestaltet sein. Was wir aus der Natur und durch die Arbeit empfangen, sehen wir als gemeinsamen Besitz, an dem alle Anteil haben. Freiheit, Wohlergehen und Sattsein wird jedem Menschen möglich sein und unsere Kinder und Enkelkinder werden wir mit großer Freude und gesund heranwachsen sehen. Niemals mehr werden sie Opfer von Gewalt und Vertreibung sein. Über die Opfer von früheren Kriegen und von Gewalt werden wir gemeinsam trauern. Unsere Kinder lernen ihre Lektionen von Frieden und Freiheit in Schulen, die niemals mehr zerstört werden.

Die Musik der Zukunft soll das Lachen unserer Kinder sein und nicht der Lärm des Krieges.

Wir werden neugierig darauf sein, was wir voneinander lernen können aus dem Reichtum unserer Geschichte und der verschiedensten Kulturen. Wir werden versuchen einander zu verstehen, unser Leben kennen zu lernen und

unserer Gefühle teilen. Was dem Anderen heilig ist, werden wir nicht verspotten. Jeder wird dem Anderen gönnen, dass sein Leben glücklich verläuft und wenn einer von uns in Not gerät, wird der Andere für ihn da sein. Unser Leben ohne Gewalt wird die Gewalttätigen entwaffnen und die Menschheit zu einem neuen Sein befreien. Wirtschaftswachstum auf Kosten der Gesundheit der arbeitenden Menschen, Konsum nur für die Steigerung des Profits oder Rüstungsproduktion werden dann nicht mehr unser ganzes Leben bestimmen. Es wird für die Masse der Menschen nicht mehr wie bisher nur um den Überlebenskampf gehen, mit dem Hauptaugenmerk auf die Erhaltung des Lebens, sondern der gesellschaftliche Reichtum wird gemeinsam genützt werden, jeder wird dazu beitragen können. Nicht mehr nur eine kleine Clique wird das öffentliche, gemeinschaftliche Leben gestalten. Aufgrund der dann nur mehr mit minimalem Zeitaufwand notwendigen Erwerbsarbeit werden wir dafür frei sein, uns mit unserem eigenen Menschsein, mit der Zuwendung zum Mitmenschen und mit den notwendigen Veränderungen zu befassen, die imstande sind, für die Gesellschaft einen positiven Weg in die Zukunft aufzuzeigen.

Das Ende von Gewalt und Hass soll nun gekommen sein! Wir wollen gemeinsam für die geplagte Menschheit eine neue Zeit heraufbringen! Eine Zeit des Friedens und des Verständnisses! Lasst uns beginnen!

Kreditkolonie Griechenland



Griechenland unter Spardiktat: Zukunft?

Der Großteil der Bevölkerung in Griechenland hat genug von den brutalen Sparmaßnahmen, die hinter und auf ihrem Rücken getroffen werden. Deshalb hat die Mehrheit, insbesondere die ArbeiterInnen, Arbeitslose, Jugendliche, Frauen und MindestpensionistInnen die

Syriza Ende Jänner zur stärksten Partei gewählt, obwohl alle EU-Großmächte, allen voran Deutschland, mit einer Katastrophe gedroht haben.

Genau deshalb wird Syriza und ihr Parteichef Tsipras von den Polit-Granden, Konzernen und

Banken in der übrigen EU ängstlich beäugt bis offen abgelehnt und bekämpft: Sie haben nicht Angst vor Tsipras, sondern vor der Bevölkerung, die er vertritt und die diese EU-Kapitalistenpolitik vehement ablehnt. Weil die Bevölkerung erkannt hat: Die Schulden Griechenlands sind die Gewinne der deutschen und französischen Rüstungsindustrie, vor allem der deutschen und französischen Banken. Auch in den anderen EU-Ländern merken die Bevölkerungen, welches übles Spiel da auf Kosten aller europäischen arbeitenden Menschen betrieben wird, dass sie bloß gegeneinander ausgespielt werden sollen.

Ein Schuldenschnitt muss her, die griechische Bevölkerung hat genug gelitten. Seit 2010 wurden unter anderem folgende Maßnahmen beschlossen und weitgehend umgesetzt:

Löhne und Gehälter

Kürzung der Löhne/Gehälter um bis zu 20% (plus anschließendes Einfrieren aller Löhne/Gehälter über 2.000 Euro), Abschaffung des 13. und 14. Lohns/Gehalts, Streichung von 150.000 Stellen (von insgesamt 700.000) bis 2015.

Pensionen

Senkung der Pensionen um durchschnittlich 7%, Anhebung des Regelpensionsalters von 60 auf 67 Jahre bis 2014.

Arbeit und Arbeitsrecht

25 % Arbeitslosigkeit insgesamt – bei Jugendlichen mehr als 50% (!); Aushöhlung des gesetzlichen Kündigungsschutzes, Kürzung der gesetzlichen Abfertigungen, Aushöhlung und teilweise sogar Abschaffung von Kollektivverträgen.

Soziales, Gesundheit, Ausbildung

Streichung der „Solidaritätszulagen“ für Langzeitarbeitslose, PensionistInnen, NiedrigverdienerInnen, Bauern/ Bäuerinnen etc., Kürzungen bei Sozialleistungen z.B. bei Menschen mit Behinderungen, drastische Schnitte im Ausbildungs-/Erziehungs- und Gesundheitswesen und flächendeckende Leistungskürzungen im Sozialbereich.

Steuersystem

Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19% (vor der Krise) auf 23%, Erhöhung weiterer Massenerbrauchssteuern (u.a. für Benzin, Tabak und Alkoholika), Zuschlag auf die Einkommensteuer zwischen 1% und 4% (je nach Einkommen), Zuschlag auf die Einkommensteuer von 3% für den Öffentlichen Dienst, Senkung der Steuerfreigrenze von 12.000 auf 8.000 Euro im Jahr.

Privatisierungen

Öffentlicher Grundbesitz in Tourismuszonen, Verkauf weiterer 16% der griechischen Telekom

OTE (30% bereits 2011 im Besitz der Deutschen Telekom), Verkauf von 34% der Postbank, Verkauf von 75% der Häfen von Piräus und Thessaloniki, Verkauf der verbliebenen 55% des Flughafens Athen (27% bereits 2011 im Besitz der deutschen Baufirma Hochtief), Teilprivatisierungen der Nationalen Lotterie, des staatlichen Gaskonzerns DEPA, des Elektrizitätskonzerns DESMIE, der Bergwerksgesellschaft, der Post, einiger Autobahnen, der Staatsbahnen OSE

Steuerschulden der Reichen

Die bekannten Steuerschulden in Griechenland beliefen sich per Ende 2014 auf den historischen Rekordstand von **73,7 Milliarden Euro!**

Während die Bevölkerung blutet, sollen die Zahlungen an die Gläubiger weitergehen. **Weder kam das Geld („Investitionen“) der Gläubiger (in Summe 330 Mrd. Euro)**, vor allem der Kapitalisten und Banken aus Deutschland (92,7 Mrd. Euro), Frankreich (71,5 Mrd. Euro), Italien (62,1 Mrd. Euro), Spanien (42,9 Mrd. Euro) und Holland (20,3 Mrd. Euro) **in den Jahren vor der Krise der griechischen Bevölkerung zugute, noch die viel zitierten „Hilfszahlungen“ (236 Mrd. Euro) seit Ausbruch der Krise 2010** (Wiener Zeitung, 21./22.2.15).

„Griechenhilfe“ ist der Propagandanebel, Kreditkolonie das Ziel

Die „Hilfszahlungen“, also neue Kredite in Höhe von 236 Mrd. Euro durch Euroländer, Euro-„Rettungsschirm“ (EFSF) und Internationalen Währungsfonds (IWF) wurden Griechenland nur gewährt, damit es weiterhin flüssig bleibt, nur um die Kreditrückzahlungen an die Gläubiger (Banken, Versicherungen, Konzerne, Fonds, Spekulanten) weiter abzahlen zu können und so deren vollen Spekulationsgewinn zu garantieren. Die alten Kredite (330 Mrd. Euro) und die neuen „Hilfskredite“ (236 Mrd. Euro) machen Griechenland noch mehr zur Kreditkolonie, führen zu noch mehr Sozial- und Demokratieabbau sowie zum Ausverkauf des Landes!

Die Kapitalisten haben an der Verschuldung Griechenlands vor der Krise verdient, in der Krise verdient und sollen weiter daran verdienen: durch die mittels EU-IWF-„Griechenland-Hilfspakete“ garantierten hochverzinsten Kreditrückzahlungen – bis 2058 (!). Deshalb soll Griechenland um keinen Preis die „EU-Hilfe“ aufkündigen. Deshalb reden alle EU-Granden davon, dass Griechenland „geholfen werden muss“! Wie sagte der sozialdemokratische EU-Parlamentspräsident Martin Schulz zwischen Syriza-Wahlsieg und Regierungsbildung in Athen: *„Ob es ein linker oder rechter Regierungschef ist, diese neue Kraft sollte nicht scheitern, das würde nämlich wirklich zu*

großen Verwerfungen führen, deshalb müssen wir Tsipras helfen.“ (Wiener Zeitung, 29.1.2015)

Das ist vielsagend und sehr verräterisch. Einem Sozialdemokraten – der vor seinem Abflug zum Treffen mit Tsipras sagte, *„Ich hab keinen Bock mit Herrn Tsipras ideologische Debatten zu führen, er kann uns nicht sagen was jetzt zu tun ist“* (ORF, Ö1-Morgenjournal 28.1.2015, Wiener Zeitung, 29.1.15) – ist es wurscht ob da ein Rechter oder Linker Regierungschef ist. Ohne „Hilfe“, das heißt ohne EU-Steuer Gelder, die der Athener Regierung zur Bedienung der außenstehenden vor allem deutschen und französischen Bankenkredite zukommen sollen, käme es zu *„wirklich großen Verwerfungen“*.

Das heißt, Herr Schulz sorgt sich, dass die Profitgeier um ihr Geld umfallen könnten. Was ihm keine Sorgen bereitet ist, dass es durch die fortgesetzte EU-„Hilfe“ mit ihren Daumenschrauben der griechischen Bevölkerung noch schlechter gehen wird.

Wer fürchtet sich vor „Grexit“?

Zuletzt hat auch EU-Kommissionspräsident Juncker einen Euro-Austritt Griechenlands vehement abgelehnt. *„Es wird niemals einen ‚Grexit‘ geben ... „Wir müssen aufpassen“, ein Austritt Griechenlands „würde zu einem irreparablen Reputationsverlust der gesamten EU in der Welt führen.“* (www.orf.at/#/stories/2268091, ORF, 7.3.15)

Es ist also gerade umgekehrt wie es uns von Ökonomieexperten, Politikern und Medien eingeredet wird, dass Griechenland von der „Hilfe“ abhängig sei. Ist es nicht!

Ein Schuldenschnitt würde der griechischen Bevölkerung helfen. Und hätten in der EU die Regierungen den „Hilfszahlungen“ nicht zugestimmt und so Steuergelder für die Rettung von Banken nicht frei gemacht, die in Griechenland „investierten“, sprich in größtem Stile spekulierten, dann würden auch die arbeitenden Menschen in den anderen EU-Ländern nicht dafür zur Kasse gebeten, sondern zahlten nur die Gläubiger, also die Konzerne und Banken drauf. So aber haben diese Konzerne ihr Spekulationsrisiko besonders auf die griechische Bevölkerung, aber auch auf ihre jeweils eigenen Bevölkerungen abgewälzt: Gewinne werden so privatisiert, Verluste „sozialisiert“, d.h. der Allgemeinheit aufgeladen. Deshalb wird dieses ganze „EU-Hilfsspektakel“ vom ersten Tag an mit dem Propagandafeldzug der „faulen Griechen“ begleitet, um genau von dieser Ungeheuerlichkeit abzulenken, dass nicht wir mit „un-

seren“ Banken gegen „die Griechen“ in einem Boot sitzen, sondern über die EU-„Hilfe“ auch nur für die Profitabsicherung der Banken zahlen.

Syriza: Schuldenschnitt-Wahlversprechen abesagt?

Ein Schuldenschnitt, wie im Wahlkampf gefordert, würde die Profite der Banken, Anleger und Spekulanten tatsächlich schmälern und sowohl den griechischen wie allen anderen arbeitenden Menschen nützen und sie in ihrer Position in der Auseinandersetzung gegen die Unternehmerwillkür stärken. Doch was geschieht bereits ein Monat nach den Wahlen?

Manolis Glezos, der älteste Politiker der Syriza, der 92-jährige Widerstandskämpfer und heutige Abgeordnete zu EU-Parlament, wendete sich in einem Brief an die Öffentlichkeit gegen die Entscheidung der Syriza-Parteispitze, auf die Forderungen der Vertreter der Eurozone einzugehen:

„Bevor es zu spät ist: Die Tatsache, dass die Troika in „Institutionen“ umbenannt worden ist, das Memorandum in „Abkommen“, und die Gläubiger in „Partner“ – in der gleichen Weise wie man Fleisch zu Fisch tauft — wird die Situation nicht ändern .

Man kann die Stimme des griechischen Volkes bei den Wahlen vom 25. Januar nicht ändern. Das griechische Volk stimmte für das, was Syriza versprochen hat: Dass wir das Austeritäts-Regime, also die Strategie nicht nur der Oligarchien von Deutschland und den anderen Gläubigerländern, sondern auch der griechischen Oligarchie, abschaffen; dass wir das Memorandum und die Troika und die ganze Austeritäts-Gesetzgebung aufheben; dass wir sofort per Gesetz die Troika und ihre Folgen beseitigen. Ein Monat ist vergangen und aus diesem Versprechen ist dieses Handeln geworden. Es ist eine Schande ...

... Manche Leute sagen, dass in einer Vereinbarung auch einige Zugeständnisse gemacht werden müssen. Aber grundsätzlich kann es zwischen dem Unterdrücker und Unterdrückten keine Kompromisse geben, keine Kompromisse zwischen Sklave und Tyrann. Freiheit ist die einzige Lösung. Selbst wenn wir nur die bisherige Absurdität akzeptieren, die Zugeständnisse, die bereits von der früheren Pro-Memoranden-Regierung mit den Folgen von Arbeitslosigkeit, Armut und Selbstmord gemacht worden sind, ist das jenseits der Akzeptanzgrenze.“ (zitiert aus: akin, Nr. 5, 25.2.15)

Quellen: Wiener Zeitung, 29.1.und, 21./22.2.2015, 3.3.2015, akin, prorevol.wordpress.com)

Energieeffizienz-Schmähs

Schmäh Nr. 1

Laut Energieeffizienzgesetz (EEG) müssen Energielieferanten, also z.B. E-Wirtschaft oder Mineralölindustrie, bis 2020 in Summe 86 Milliarden Kilowattstunden an Energieeinsparung bei ihren Kunden nachweisen, um die EU-Klimaziele (vulgo CO₂-Reduktionen) zu erreichen. Andernfalls werden hohe Strafzahlungen (Ausgleichszahlungen) fällig. Das EEG wurde im Vorjahr beschlossen, die Umsetzung verzögert sich, weil es nicht einmal noch die sogenannte „Monitoringstelle“ gibt, die die Vorgaben präzisieren und kontrollieren soll. Zwischenzeitlich ist dafür das Wirtschaftsministerium zuständig. Weil vieles noch in Schwebe ist, probieren die betroffenen Lobbys, sich durch „Einzelvereinbarungen“ mit dem Ministerium ihnen genehme Startpositionen zu verschaffen. Wie es den Anschein hat, wollen die Energielieferanten ein bisschen was tun, den Rest auf die Endkunden (Strom- und Gas-Endkunden sowie die Autofahrer als Treibstoffbezieher) abwälzen. Bei den Autofahrern will die Mineralölindustrie das EEG-Ziel etwa dadurch erreichen, dass durch eine spezielle Spritbeimischung der berechnete CO₂-Ausstoß geringer wird. Mit dem „besseren“, um ca. 1,5 bis 2 Cent je Liter teureren Sprit, soll man dann auch mehr Kilometer als bisher fahren können. Wenn's stimmt – wer soll/wird das kontrollieren? – bleibt die Frage: Warum wurde nicht schon längst der „umweltfreundlichere“ Sprit eingesetzt, wenn man ihn jetzt so mir nix dir nix aus der „Energieeffizienz“-Kiste zaubert?

Schmäh Nr. 2

Worum es geht, sagt ganz offen z. B. der Montana-Gas-Chef Wodniansky, den es ärgert, dass der Gesetzgeber die Energielieferanten in die Pflicht nimmt, statt direkt die Endverbraucher im Namen von „Energieeffizienz“ zu belasten: „... *eigentlich müssten die Verbraucher direkt mitbekommen, worum es geht. So wie beim Ökostrom, den letztlich ja auch der Kunde direkt bezahlt. Vielleicht wäre eine Art Ineffizienzsteuer besser gewesen, damit jeder auf eine Blick versteht, dass*

die günstigste Kilowattstunde die ist, die er nicht verbraucht.“ (Die Presse, 4. 3.15). Das heißt, auch er hätte am liebsten eine direkte Abwälzung auf die Kunden in der Hoffnung, dass ein höherer Preis auch weniger Verbrauch bedeutet. Während die Konzerne ihre Gewinne beibehalten wollen, sollen im schlimmsten Fall die Gaskunden frieren. Denn freiwillig zum Fenster raus heizt heute keiner mehr. Hauptgründe für den höheren Verbrauch ist der oft schlechte Zustand von Gebäuden. Darauf haben aber Mieter keinen Einfluss. Und kleine Einfamilienhausbewohner müssten einen späteren geringeren Verbrauch durch Investitionen vorfinanzieren, die sie nur zum Teil über weniger Heizenergieverbrauch oder Förderungen zurückbekommen.

Schmäh Nr. 3

Der von Wirtschaft bis AK und VKI gepriesene „liberale Energiemarkt“, soll angeblich vor allem den Letztverbrauchern Ersparnisse bringen. Voraussetzung, diese müssten nur ihre Bequemlichkeit aufgeben und die Anbieter wechseln. Wirklich? Auch dazu plaudert der oben zitierte Energiemanager aus der Profit-Effizienz-Schule: „*Der übliche Tarif mit dem hohen Neukundenrabatt ist etwas für reine Schnäppchenjäger, die wirklich jedes Jahr wechseln wollen. Denn im zweiten und dritten Jahr bezahlen Sie alles zurück – und an Ende sogar ein bisschen mehr.*“ (Die Presse, ebd.). Das heißt wir sollen wechseln und glauben, davon einen Vorteil zu haben.

Fazit: Die Profiteure wechseln die Methoden aber nicht ihr System. Profiteffizienz statt Energieeffizienz ist ihr Motto. Daher unser Motto: Systemwechsel statt Anbieterwechsel!

Die Liste der EE-Schmähs ließe sich lange fortsetzen. Wir werden das gegebenenfalls tun und laden unsere Leser und Leserinnen herzlich dazu ein, uns entsprechende Erfahrungen mitzuteilen.

Britisches AKW Hinkley Point C Österreich klagt. Wirklich?

Das britische Vorhaben, bis 2023 in Hinkley Point einen neuen Riesen-Atommeiler hinzustellen und sich vom Staat, also den britischen Steuerzahlern enorm fördern zu lassen, wurde noch von der alten EU-Kommission bewilligt. Kosten soll dieses dann teuerste AKW der Welt 31,2 Mrd. Euro. Weil eine staatliche Förderung der Atomenergie nach

dem Buchstaben des Gesetzes der EU-Energiepolitik, erneuerbare Energiequellen zu fördern, widerspricht, hat nun Österreich vor, bis Ende März beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) Klage dagegen einzubringen, weil die staatliche Unterstützung der Atomkraft weit über jener für erneuerbare Energieträger liege. Auch Deutsch-

lands Wirtschaftsminister Gabriel lehnt diese Förderung als konkurrenzverzerrend ab. Großbritannien will umgekehrt laut Berichten in verschiedenen Medien Österreich im Gegenzug „klagen und schaden“, wo es nur geht. Österreich darf hier keinen faulen Kompromiss eingehen. Es wird sich zeigen, ob die EU (erneuerbare Energie-Ziele) oder die EU (Euratom = militärische und zivile Atomagentur der EU) stärker sein wird ... Umso mehr, als die EU in ihrem Strategiepapier zur Energieunion die Atomkraft ausdrücklich als kohlenstoffarme Energiequelle würdigt und daher fix in der künftigen europäischen Energiekulisse verankert wird (Wirtschaftsblatt, 9.2.15).

Sicher ist aber schon heute: Auf Klagen (im doppelten Sinne des Wortes) und Politikerversprechen können wir uns nicht verlassen. Heuer ist Wahljahr in Österreich und in ein paar Jahren kann alles anders sein: die Regierung, die „Begründungen“ der EU usw.. Österreich kann ja



Japan: 4 Jahre nach Fukushima:

Es gibt Energiealternativen, aber die tödliche Atomlobby wird weiter gefördert

Erst Ende Februar ist wieder einmal durch ein Leck hochradioaktives Wasser ins Meer geflossen. So die kurze Meldung. Dass die Kernschmelze dort am 11. März 2011 stattgefunden hat und seither weitergeht, davon kein Wort. Wir haben in unserer letzten Aussendung ausführlich über die Katastrophe und ihre Folgen berichtet. Nach den Wahlen hat die japanische Regierung trotz der großen Ablehnung der Atomenergie in der Bevölkerung beschlossen, die fast 4 Jahre still stehenden AKWs der Reihe nach wieder einzuschalten. Dass 54 AKWs so lange abgeschaltet waren zeigt: Es ging und geht auch ohne Strom aus Atom. Doch das darf nicht sein, denn dann gibt es kein weiteres Geschäft für die Atomlobby. Weil der Widerstand in Japan so groß ist, verzögert sich das Hochfahren der tödlichen AKWs. Im Juni sollen die ersten beiden Atomreaktoren im Südwesten Japans wieder eingeschaltet werden.

Entgegen der Regierungs- und der Atomlobby-Propaganda machte Atomenergie vor Fukushima nur 25 % der Energieversorgung aus. Während in

laut EU-Recht nur gegen die Subventionierung klagen. Das heißt, wenn Großbritannien dann gegen die Subventionierung von Strom aus Sonne, Wind und Braunkohle eine Gegenklage einbringt, was werden dann unsere Herrschenden machen? Klein begeben höchstwahrscheinlich, einen finanziellen Kompromiss suchen und die tödliche Atomkraft läuft „ganz modern“ weiter.

Die einzige wirksame Verhinderung von AKWs ist der Widerstand der Bevölkerungen. Wollten die heimischen Politiker, NGOs oder „grünen Industriellen“ wirkliche Anti-Atom-Politik machen, dann müssten sie den Volkswillen von 1978 (von vor 37 Jahren!) endlich umsetzen und aus den Atom-Mafia-Organisationen EU-Euratom und IAEA (Internat. Atomenergieagentur) austreten! Alles andere ist Geschwafel und Lebensverlängerung für die tödliche Atommafia.

der Zeit, in der alle AKWs abgeschaltet waren, „waren nicht einmal alle konventionellen japanischen Kraftwerke im Einsatz, sondern nur die Hälfte! ... Mit anderen Worten: Die Stromunternehmen Japans haben diese konventionellen Kraftwerke bislang kaum genutzt, sondern bewusst nur AKWs“, so der japanische Atomgegner Kazuhiko Kobayashi (siehe ausführlich unsere letzte Aussendung 4/2014).

Es gibt auch langfristige Alternativen, die bisher absichtlich nicht genutzt wurden: In kaum einem anderen Land der Erde gibt es so viel Erdwärme (Geothermie) wie in Japan. Laut International Geothermal Association und einer Analyse der japanischen Regierung stünden mehr als 20 Gigawatt zur Verfügung, was 20 AKWs entspräche. Dass nichts weitergeht, hängt mit der Macht der Atomlobby zusammen. 2004 löste sich die japanische Geothermalvereinigung auf und ging in die „Gesellschaft für Thermal- und Nuklearingenieurwesen“ über.

Atom-Ukraine

Im April jährt sich zum 29. Mal der Super-GAU im ukrainischen AKW Tschernobyl. Ein Mahnmal der tödlichen Atomenergienutzung der Vergangenheit und für die Risiken, die noch auf uns zukommen und von denen Fukushima nur der Anfang war.

Jetzt soll im Zuge der „Westorientierung“ der Ukraine in Zukunft der ukrainische AKW-Betreiber Energoatom Kernbrennstoff nicht mehr aus Russland, sondern aus den USA, von Westinghouse geliefert werden, der Atommüll nicht mehr in Russland, sondern in der Ukraine selbst oder in Frankreich gelagert werden. Auch die zwei neu geplanten AKWs bei Chmelnyzkiy sollen nicht – wie geplant – von Russland gebaut werden.

Zwar gibt es angeblich Westinghouse-Brennstäbe, die extra für russische Atomreaktoren entwickelt wurden. Kritiker befürchten aber, dass US-Brennstäbe in russischen AKWs zu zusätzlichen Problemen führen könnten. Man bestellt ja auch nicht bei Ford Ersatzteile für einen Lada.

Ende November war es zu einer Panne im größten AKW der Ukraine in Saporoschje gekommen.

Dies hatte Erinnerungen an die Atomkatastrophe von Tschernobyl 1986 ausgelöst. Nicht zu Unrecht: 12 der 15 ukrainischen AKWs müssten zwischen 2010 und 2020 vom Netz genommen werden. Jetzt wurden die Laufzeiten um bis zu 20 Jahre verlängert. Das heißt, AKWs, die für 30 Jahre Lebensdauer gebaut wurden, sollen erst nach 50 Jahren abgeschaltet werden.

Die veralteten Hochöfen der Stahlwerke verbrauchen derzeit doppelt so viel Energie wie die im Westen. Dazu kommen undichte Gasleitungen, kaputte Stromnetze, kaum isolierte Gebäude, nur ein Viertel der Haushalte haben Thermostate (Greenpeace Deutschland), ein riesiges Einsparpotenzial, wenn entsprechend investiert würde. Doch statt dafür Geld auszugeben, will die ukrainische Führung Geld für Waffen und Soldaten für den Krieg im eigenen Land und gegen Osten, verbraucht das Geld für Nachrüstung und Neubau von AKWs und will der Atom-EU und der Atom-NATO beitreten, statt wie bis vor dem Putsch quasi blockfrei zu sein.

Mehr Windenergie als Atomkraft

Ende 2014 hat die Windenergie die Atomkraft in der EU erstmals überholt: 128.751 MW Windkraftleistung stehen 122.328 MW Atomkraftleistung gegenüber. Windkraftanlagen decken mehr als 10 % des EU-Stromverbrauches ab. Das geht aus dem Jahresbericht 2014 der Europäischen Windenergievereinigung EWEA hervor. Er ist billiger, sauberer und sicherer als die Fortsetzung der tödlichen Atomenergie. AKWs bringen nur den Atombetreibern etwas, nicht den Menschen. Der Ausstieg aus der Atomkraft ist möglich und höchst notwendig. Abschalten jetzt – ohne irgendeiner Abschlagszahlung an die Atom- und Energie wirtschafskonzerne, die jahrzehntelang bis heute vom Staat, also uns Steuerzahlern subventioniert waren und sind. (Quellen: IG Wien)



Frankreich:

Atomkonzern Areva ist Pleite

Areva, das einstige Aushängeschild französischer Industriepolitik, geht pleite, falls ihn der Staat, der bereits 87% des Aktienkapitals hält, nicht rettet. Die Kosten für den Neubau der europäischen Vorzeige-Atomreaktoren in Olkiluoto (Finnland) und Flamanville (Frankreich) werden von den Konstrukteuren auf etwa drei Milliarden Euro je Reaktor veranschlagt und Siemens und Areva haben dies vertraglich fest zugesagt. Mit den beiden Neubauten wollten die Konzerne die

Renaissance der Atomenergie einläuten, erhofften sich einen neuen atomaren Frühling. Inzwischen belaufen sich die Kosten an beiden AKW-Baustellen auf die unglaubliche Summe von 8,5 Milliarden Euro und auch bei dieser Schätzung dürfte es sich eher um eine Mindestsumme handeln. Wegen schon anhängiger Rechtsstreite könnten es auch über 10 Milliarden Euro werden.

(Quelle: Neue Zürcher Zeitung 11.3.15)

Ukraine: Waffenstillstand – Frieden?

Wenn jetzt erstmals seit bald einem Jahr in der Ukraine die schweren Waffen schweigen, dann ist das nicht aufgrund der Aggressivität Russlands, nicht aufgrund der Stärke des Westens oder des hochgespielten Friedens-Einsatzes von Frau Merkel.

In Wirklichkeit ist es die Stärke jener Menschen, die sich gegen die Kiewer Regierung wehren, die gegen die eigene Bevölkerung durch Militarisierung und Einberufung zur Armee und im Osten Bürgerkrieg führt.

Es ist die gesamte Bevölkerung im Rest der Ukraine, die immer weniger bereit war und ist die Oligarchen und deren Belastungspolitik im Namen von EU, USA, IWF zu erdulden oder gar gegen die eigenen Brüder im Osten sich in die Bürgerkriegsarmee der Kiewer Regierung oder der

faschistischen „Freiwilligen“-Bataillone zwingen zu lassen.

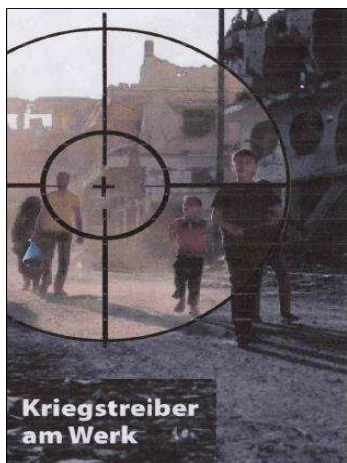
Ein Waffenstillstand musste her, weil Jazenjuk, Poroschenko, Merkel, Hollande und die USA direkten und indirekten Einfluss in der Ukraine zu verlieren drohten. Aber auch weil Deutschland – mit Frankreich im Schlepptau – im Wettlauf mit den USA um Einfluss in der Ukraine sich von den USA keine offene Konfrontation mit Russland aufzwingen lassen wollte. Bei der hätten nämlich die EU-Staaten mehr zu verlieren als die USA, die weit weg sind und für ihre Interessen in Europa Krieg führen (lassen) wollen.

Im Falle des von Poroschenko und besonders den USA gewünschten Ukraine-Beitritt zur US-dominierten NATO, birgt dies zudem die Gefahr einer Atomkonfrontation mitten in Europa.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. März 2015

ANKÜNDIGUNG

Neue Broschüre:



A 5, ca. 40 Seiten: 5,- Euro
Unkostenbeitrag (ohne Porto)

Die Terrorattentate von New York 2001 über Madrid und London im Jahr 2006 bis hin zu Paris und Kopenhagen heuer, sie alle verurteilen wir entschieden.

Es zeigt sich nicht nur an Afghanistan oder Irak, an Libyen oder Syrien bis hin zur Ukraine, dass Anschläge und Terrorakte von den Herrschenden aller Länder dazu genutzt werden, im Namen der „Bekämpfung der Terroristen“ und der Erhaltung und des „Schutzes der demokratischen Werte“,

vor dem Islam, vor Russland usw. unsere Freiheitsrechte massiv eingeschränkt und abgebaut, Polizei und Militär massiv aufgerüstet und im Namen von „Frieden und Menschenrechte“ Kriege geführt werden und auch im neutralen Österreich Kriegshetze betrieben wird.

- 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges
- 70 Jahre nach dem Ende von faschistischer Diktatur und Zweitem Weltkrieg
- 60 Jahre nach der Entscheidung Österreichs für die immerwährende Neutralität als Folge der Erfahrung aus zwei verheerenden Weltkriegen und des Willens der österreichischen Bevölkerung, nicht mehr mitzumarschieren, nicht mehr für fremde Großmachtinteressen in den Krieg gezwungen zu werden
- 20 Jahre nach dem Beitritt Österreichs zur EU, zum großen „Friedensprojekt“ finden rund um die Welt offene und verdeckte Kriege statt und sind auch mitten in Europa Kriegstreiber am Werk.

Was sind die Ursachen dafür? Wer hat den Nutzen? Was macht das neutrale Österreich? Was können wir tun?

Die neue Broschüre der „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“ und des „Österreichischen Solidaritätskomitees“ zeigt auf,

dass die Kriegspropaganda und die Kriege im „Friedens- und Menschenrechtsgewand“ nur im Interesse einiger weniger sind.

Anhand einer Fülle von Fakten und Zitaten, die in dieser Dichte kaum sonst wo zusammengestellt sind, zeigt die Broschüre die Interessen und Pläne der Kriegstreiber auf. Sie bietet eine Menge an Material für Argumentation und Diskussion. Die

Broschüre ermutigt zusammen zu finden und gemeinsam gegen die Kriegstreiber und für die Neutralität Österreichs aufzutreten.

Für ein neutrales, unabhängiges und demokratisches Österreich!

Ja zur Neutralität – Nein zu Kriegshetze und Kriegsteilnahme!

EINLADUNG - AUFRUF

Die Broschüre ist ab Ende April 2015 erhältlich. Wir laden alle unsere Leserinnen und Leser, Aktivistinnen und Aktivisten dazu ein, mit uns gemeinsam diese Broschüre ab 1. Mai 2015 zu verbreiten bzw. gemeinsam an Diskussionen und Veranstaltungen damit teilzunehmen.

Wer Interesse an gemeinsamem Tun und Auftreten hat, nimmt bitte mit uns Kontakt auf.

Per Brief an:

GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg, Stiftgasse 8, 1070 Wien

Per E-Mail: ggae@gmx.at

Per Telefon: 0650 830 7 830

Einladung zur Veranstaltung

Vorstellung der neue Broschüre:

Kriegstreiber am Werk

Ja zur Neutralität!

3. Weltkrieg – ohne uns!

Anschließend Diskussion

Mittwoch 10. Juni 2015, 19.00 Uhr

AAI – Afro-Asiatisches Institut,
Türkenstraße 3, 1090 Wien

Bitte vormerken!

Um Anmeldung wird gebeten bis: 4. Juni 2015
unter: ggae@gmx.at
oder: 0650 830 7 8330

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

*Mit kollegialen Grüßen,
"GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"*

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S** – ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 Prozent der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida.

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie. Oder: Empfänger: W. Leisch / Gew.gg.Atom IBAN: AT226000000073055305